

NACHRICHTEN

Testen im Betrieb noch einen Monat gratis

Betriebe erhalten bis Ende Oktober und damit einen Monat länger als vorgesehen einen Kostenersatz für Coronatests im Unternehmen. Das Programm werde bis zum 31. Oktober verlängert, teilte Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) gestern mit. Die nötige Gesetzesänderung soll folgen.

AGM-Übernahme durch Metro abgelehnt

Die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) hat der geplanten Übernahme von neun AGM-Großmärkten durch den deutschen Metro-Konzern nicht zugestimmt. Aufgrund wettbewerblicher Bedenken sei das Vorhaben „in seiner derzeitigen Form nicht freigabefähig“, teilte die BWB gestern mit. Die Wettbewerbsbehörden werden nun einen Antrag auf Prüfung des Zusammenschlusses an das Kartellgericht stellen. An der geplanten Übernahme hatten Mitbewerber in den vergangenen Wochen scharfe Kritik geübt.

Neue Chancen für Betriebe im Ausland

Der europäische Corona-Aufbaufonds in Höhe von rund 800 Mrd. Euro birgt auch Geschäftschancen für österreichische Firmen in anderen EU-Ländern. Ein Blick auf die nationalen Wiederaufbaupläne habe „1.000 Investitionen mit potenziellen Geschäftsfeldern“ und Marktchancen von knapp 16 Mrd. Euro offenbart, so die WKÖ-Vizegeneralsekretärin Mariana Kühnel gestern in Brüssel.

Erfolg des VKI gegen Austrian Airlines

Eine Klausel bei der Flugrückerstattung der AUA ist unzulässig. Dies entschied das OLG Wien in einem aktuellen Urteil, teilte der Verein für Konsumentinformation (VKI) gestern mit. Die AUA habe in der Coronapandemie einigen Fluggästen eine direkte Rückzahlung unter Verweis auf die „Erstattungsbeschränkungsvermerk“-Klausel verweigert und sie an den Ticketvermittler verwiesen, bei dem das Ticket gekauft worden war.

Haushaltsenergiepreise im August um 15,2 Prozent höher

Energie. Vor allem bei Treibstoffen war der Preisanstieg signifikant. Das liegt freilich auch am Basiseffekt.

Wien. Die Energiepreise für die österreichischen Haushalte waren im August um 15,2 Prozent höher als ein Jahr davor. Teurer waren vor allem Treibstoffe und Heizöl. Super kostete um 24,8 Prozent mehr, Diesel um 21,4 Prozent, geht aus dem von der Österreichischen Energieagentur errechneten Energiepreisindex (EPI) hervor. Einen Preisanstieg um rund sieben Prozent gab es bei Strom und Gas. Im Vergleich zum Vormonat Juli zogen die Energiepreise um 1,4 Prozent an.

Die Preise für Heizöl lagen im Jahresabstand zwar um 30,1 Prozent höher, die Preissteigerungen der letzten Monate kamen im August aber zum Stillstand: Gegenüber dem Vormonat Juli gab es bei Heizöl mit minus 1,0 Prozent sogar einen kleinen Rückgang. Eine Tankfüllung von 3000 Litern

Italien erlebt ein Wirtschaftswunder

Konjunktur. Die Erholung gelingt Italien erstaunlich gut und besser als vielen EU-Ländern.

Von unserer Korrespondentin VIRGINIA KIRST

Rom. Standing Ovations für Mario Draghi. Der italienische Ministerpräsident wurde vergangene Woche auf der Jahresversammlung des Industrieverbands Confindustria in Rom gefeiert wie ein Star. Die Unternehmer unterbrachen seine Rede immer wieder mit Applaus, und ihr Präsident, Carlo Bonomi, wünschte sich, dass Draghi noch „lang in seiner aktuellen Position“ bleiben werde.

Die Euphorie ist Zeugnis dafür, was Draghi in rund einem halben Jahr im Amt bereits gelungen ist: Er hat Italien erfolgreich aus dem Pandemie-Tal geführt und dazu beigetragen, dass die Wirtschaft sich stärker als erwartet erholt hat. Sie wird Regierungsprognosen zufolge im laufenden Jahr um sechs Prozent wachsen, also um 1,5 Prozentpunkte mehr als vorhergesagt worden waren – und schneller als im europäischen Vergleich. Gleichzeitig ist Italien nicht von der hohen Inflation bedroht: Die Inflationsrate südlich der Alpen wird 2021 voraussichtlich bei 1,4 Prozent bleiben.

Ökonom Tito Boeri von der Mailänder Bocconi-Universität bestätigt, dass der Applaus der Unternehmer angemessen ist: „Draghi ist von grundlegender Bedeutung für die wirtschaftliche Erholung Italiens. Nicht zuletzt, weil er sich als geschickter Politiker erwiesen hat.“ Denn dem ehemaligen Präsidenten der EZB gelingt derzeit das Kunststück, Ruhe in das ansonsten äußerst streitfreudige Parlament zu bringen. Er führt eine Regierung der „nationalen Einheit“ an, in der bis auf eine alle großen Parteien von links bis nach rechts vertreten sind – und lässt sie seiner Linie folgen.

Unter Draghi hat die Regierung die Impfkampagne beschleunigt, die schleppend angelaufen war. Dazu hat auch ein klares Bekenntnis zu den 3-G-Regeln beigetragen, die ab dem 15. Oktober für die gesamte Arbeitswelt in Italien



Italiens Wirtschaft wächst stärker, als viele gehofft hatten.

[AFP]

verpflichtend sind. Ohne den „Green Pass“, das Corona-Zertifikat, darf dann niemand mehr bei der Arbeit erscheinen, es droht eine Suspendierung ohne Gehalt und bei Verstößen sogar Strafen von bis zu 1500 Euro. Oberstes Ziel ist, einen erneuten Lockdown zu verhindern.

Erfolgreiche Impfkampagne

„Die erfolgreiche Impfkampagne hat die wirtschaftliche Erholung überhaupt erst ermöglicht“, urteilt Boeri. Gleichzeitig warnt er vor zu viel Euphorie: „Wenn die Wirtschaftskraft erst um neun Prozent einbricht und dann um sechs Prozent wächst, ist sie trotzdem noch nicht auf dem Vor-Krisen-Niveau angekommen.“ Tatsächlich war Italiens Wirtschaft während der Pandemie überdurchschnittlich stark zurückgegangen – in Europa musste allein Spanien mit einem Minus von 10,8 Prozent noch mehr Einbußen hinnehmen. „Die Erholung ist wichtig und macht Mut. Aber sie ist noch nicht konsolidiert“, warnt Boeri.

Eine weitere entscheidende Rolle bei der bisherigen Erholung und der Frage, ob sie von Dauer sein wird, spielt der EU-Corona-Wiederaufbaufonds Next Generation EU: Italien erhält mit über 209 Milliarden Euro aus Krediten

und Zuschüssen die absolut höchste Summe des Fonds. Doch es ist noch viel Arbeit zu erledigen.

So sind die strukturellen Mängel, die es vor Ausbruch der Pandemie gab, weiterhin vorhanden: Fachkräfte fehlen, und gleichzeitig wird der jungen Generation der Eintritt in den Arbeitsmarkt maximal erschwert. Eine ineffiziente öffentliche Verwaltung und ein reformbedürftiges Wettbewerbsgesetz behindern das Land, um nur die größten Probleme zu nennen.

Eine Justizreform, die unter anderem Gerichtsprozesse beschleunigen soll, wurde zwar vor dem Sommer beschlossen, doch ihre Umsetzung steht noch aus. „Die EU-Gelder bieten die Möglichkeit, wichtige Reformen zu finanzieren“, sagt Boeri. Doch diese Chance müsse auch genutzt werden, warnt er. Und seine Sorge ist durchaus berechtigt, denn Italien ist bekannt dafür, große Schwierigkeiten bei der fristgerechten Ausgabe von EU-Geldern zu haben.

Und natürlich ist auch das Problem der exorbitanten Staatsverschuldung während der Pandemie gewachsen: Liegt sie im Durchschnitt in der Eurozone bei 98 Prozent des BIPs, ist sie in Italien mit 156 Prozent mit am höchsten.

Hinzu kommen die Belastungen, die aktuell der gesamten

Weltwirtschaft zu schaffen machen, weil alle Länder zu einem ähnlichen Zeitpunkt ihre Produktion wieder hochgefahren haben: „Die derzeitigen Engpässe führen zu einer Verteuerung etwa von Stahl, Rohstoffen und Mikrochips. Das hat Auswirkungen auf die italienische Wirtschaft und schafft Probleme für ein nachhaltiges Wachstum“, sagt Boeri.

Hohe Staatsschulden

Dass die italienische Erholung trotz dieses schwierigen Umfelds robust ausfällt, zeigt indes, dass die Wirtschaft durchaus auf stabilem Boden steht. Doch sehen das alle so? Philipp Heimberger vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche ist davon überzeugt, dass in Deutschland und Österreich „ein sehr schiefes Bild“ von Italien vorherrscht.

Das habe sich zuletzt im Frühjahr 2020 gezeigt, als über die Bereitstellung des Next-Generation-EU-Pakets diskutiert wurde. Nach wie vor gebe es die Überzeugung, dass „Italien schon länger über seine Verhältnisse lebt und jetzt einmal den Gürtel enger schnallen müsse“, so Heimberger. In Wahrheit sei Italien nicht nur Nettozahler der EU, sondern vor Corona auch „Weltmeister der Haushaltskonsolidierung“ gewesen.

Größere und teurere Wohnungen

Immobilien. Auch im ersten Halbjahr 2021 war die Nachfrage nach Eigentumswohnungen groß. Dies und die größeren Flächen trieben auch die Preise weiter an.

Wien. Die Nachfrage nach Eigentumswohnungen ist ungebrochen hoch, was auch die Preise nach oben treibt. Im ersten Halbjahr haben die Preise im Schnitt um 8,9 Prozent angezogen, zeigt eine Analyse des Immobilienmaklers Remax. „Eine derart dynamische Preisentwicklung war nicht vorhersehbar. Die Nachfrage ist im letzten Jahr nochmals deutlich gestiegen, und das hat zu spürbaren Preissteigerungen geführt“, so Remax-Österreich-Chef Bernhard Reikersdorfer am Mittwoch.

Die Nationalbank spricht bereits von einer Überhitzung des Wohnimmobilienmarkts. In den amtlichen Grundbüchern sind im ersten Halbjahr 26.166 Wohnungskäufe registriert worden, um fast zehn Prozent mehr als im Jahr davor und exakt gleich viel wie im Rekordjahr 2018. Der Gesamtverkaufswert stieg um ein Fünftel auf 6,76 Mrd. Euro „in eine bisher nicht bekannte Höhe“, schreibt

Remax. „Der Wunsch, die eigene Wohnsituation zu verbessern, in Verbindung mit der aktuellen Niedrigzinsphase, hat viele motiviert, zur Eigennutzung zu kaufen und die Inflationswolken am Horizont zu Anlagezwecken zu nutzen“, sagt Reikersdorfer.

Im Schnitt 235.403 Euro

Eine typische Eigentumswohnung kostete im Halbjahr 235.403 Euro. Das billigste Viertel aller Wohnungen kam auf 147.000 Euro. Dieser Grenzwert habe ebenfalls um knapp neun Prozent gegenüber dem Jahr zuvor zugelegt. Damit hätten die günstigen und kleinflächigeren Wohnungen nun eine ebenso starke Preissteigerung wie der Gesamtmarkt gezeigt. In den früheren Jahren habe dieses Segment noch höhere Preissteigerungen als der restliche Markt aufgewiesen. Das teuerste Viertel stieg indes auf mindestens 313.000 Euro, hier lag das Plus bei etwas

mehr als acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Quadratmeterpreise erhöhten sich durchschnittlich um 6,8 Prozent auf 3709 Euro.

„Die Ursachen für die ungewöhnliche Preisentwicklung im Qualitäts- und Luxussegment sind sicherlich in den Corona-Erfahrungen bezüglich Wohnungsgröße und dem Fokus auf Wohnqualität und Home-Office zu suchen“, heißt es bei Remax.

Das zeigt sich auch bei den durchschnittlichen Wohnflächen, die in den meisten Bundesländern größer waren als in den letzten Jahren. Im österreichischen Durchschnitt war eine verkaufte Wohnung im ersten Halbjahr 68,9 Quadratmeter groß. Das seien um 2,2 Quadratmeter mehr als im Vorjahr und erkläre bereits 3,3 Prozent der Preissteigerung aufgrund der größeren Fläche, heißt es bei Remax. Nur im Burgenland gab es kein weiteres Wachstum bei den Wohnungsgrößen. (APA/red.)